Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1864

12.1.1864 (No. 9)

Visual Library

# Karlsruher Zeitung.

**Dienstag, 12. Januar.**

**Nr. 9.**

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

**1864.**


## Elftes Bulletin

über das Befinden Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Frau Markgräfin Wilhelm.

**Karlsruhe, 11. Januar.**

In dem Befinden der hohen Patientin ist seit dem 5. d. M. wesentliche Besserung zu erkennen, und alle Erscheinungen berechtigen zu der Hoffnung, daß — wenn vielleicht auch noch Schwankungen eintreten — sich die hohe Kranke wieder erholen werde.

Dr. Buchegger.
Dr. Meier.

## Telegramme.

≌ **Frankfurt,** 11. Jan. Die Bundesversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen außerordentlichen Sitzung mit dem erneuten dringlichen Antrag Oesterreichs und Preußens: Dänemark aufzufordern, die Gesammtstaatsverfassung aufzuheben, widrigenfalls die sofortige Pfandnahme Schleswigs erfolgen soll. Abstimmung nächsten Donnerstag.

△ **Berlin,** 11. Jan. Abgeordnetenhaus. Der Abg. Virchow fragt an, ob Preußen, da die November-Verfassung am 1. d. M. nicht aufgehoben worden sei, von dem Londoner Protokoll zurücktrete. Hr. v. Bismarck erwiedert, er werde antworten, sobald das Haus in der Anleihefrage Beschluß gefaßt habe.

† **Hannover,** 11. Jan. Der König hat den Empfang der Deputation der (gestern stattgehabten) Landesversammlung abgelehnt und deren Petition an den Minister des Innern verwiesen.

Die „N. Hannover. Ztg." meldet aus Rendsburg, von Exekutionsseite sei die Räumung des Kronwerks nicht verlangt worden, da die Grenze streitig sei. Die Aufgabe der Exekutionstruppen sei erfüllt.

†† **Wien,** 11. Jan. Unterhaus. Die Regierung fordert einen außerordentlichen Kredit von 14 Millionen zu militärischen Zwecken.

Mühlfeld und Genossen stellen an den Grafen die Anfrage:

1) ob die österreichisch-preußische Politik in Betreff Schleswig-Holsteins einzig das Ergebniß des Raths des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, oder ob das Gesammtministerium dafür verantwortlich sei;

2) ob die Regierung, falls weitere, ihren Ansichten entgegenstehende Bundesbeschlüsse erfolgten, diese auszuführen gedenke, selbst wenn Preußen dies verweigern sollte; oder ob

3) solchenfalls selbst auf die Gefahr der Auflösung des Bundes und eines Bürgerkriegs die Ausführung verweigert würde, und wie weit das Einverständniß mit Preußen gehe.

**Altona,** 11. Jan. (Sch. M.) Die dänische Streitmacht ist in der Stadt Schleswig konzentrirt; sie beträgt 16,000 Mann. Die Stadtbewohner haben schwere Einquartierungslasten zu tragen. Der Platz „Freiheit" in der Stadt Schleswig ist mit 5 Vierundachtzigpfündern armirt. Im Dannewerk sind kolossale Baracken aufgestellt. Die fünf- unddreißigjährigen Mannschaften sind einberufen.

## Deutschland.

**Frankfurt,** 8. Jan. Die in der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung zur Kenntniß gebrachte neueste Note Lord Russell's an den Gesandten Englands beim Deutschen Bund lautet nach der „Allgem. Ztg." in Uebersetzung:

Auswärtiges Amt, 31. Dez. 1863. Mein Herr! Die Ereignisse, welche eingetreten sind seit dem Tode des vorigen Königs von Dänemark, haben die Regierung Ihrer Majestät mit ernster Besorgniß erfüllt. Zuerst hatten die Dinge einen günstigen Anschein. Der Nachfolger Friedrich's VII. wurde allgemein (?) anerkannt, eben so wohl in Holstein, Lauenburg und Schleswig als in dem Königreich Dänemark. Einige (?) der Richter und Professoren in Holstein verweigerten allerdings den Huldigungseid, aber Ruhe und Gehorsam behielten im Allgemeinen die Oberhand. Dieser innern Zustimmung folgte die Anerkennung von Seiten Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und Schwedens.

In Deutschland aber war ein sehr verschiedener Geist vorherrschend. Einige der Souveräne und Staaten, welche dem Vertrag von London beigetreten sind, zeigten sich als die ersten, welche die Ansprüche des Prinzen von Augustenburg auf die Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Schleswig unterstützten. Die zwei deutschen Großmächte Oesterreich und Preußen gingen auf gemäßigtere Weise vor. Die Rechtsansprüche Christian's IX. auf die Regierungsnachfolge in die Lande Friedrich's VII. gemäß den Vorausbestimmungen des Londoner Vertrags wiesen sie nicht geradezu von der Hand, aber sie machten die Anerkennung seines Rechtstitels davon abhängig, daß der König die Verpflichtungen erfülle, welche sein Vorgänger in den Jahren 1851 bis 1852 übernommen hatte. Ihrer Maj. Regierung konnte keiner von den ebengedachten Ansichten beipflichten. Sie konnte keine Ansprüche des Prinzen von Augustenburg zulassen, die im Widerspruch stünden mit den von Ihrer Maj. in Folge des Londoner Vertrags von 1852 eingegangenen Verbindlichkeiten. Sie ist der Ansicht, daß der König von Dänemark verbunden ist, die Verpflichtungen von 1851 zu erfüllen; aber sie hält nicht dafür, daß das Recht auf die Krone irgendwie abhängig sei von der Erfüllung dieser Verpflichtungen.

Indem daher Ihrer Majestät Regierung bereitwilligst die Erbfolge Christian's IX. anerkannte, drang sie im Verein mit Frankreich und Rußland auf die Ausführung aller Verbindlichkeiten seiner Krone gegenüber Deutschland. Sie konnte die Geneigtheit des Königs, diesen Verpflichtungen, soweit thunlich, nachzukommen, nicht in Zweifel setzen. Er ist von Geburt ein deutscher Prinz, und seine natürliche Neigung, seine deutschen Unterthanen mit gleicher Huld zu behandeln, wie seine dänischen, konnte nicht in Frage gestellt werden. Welchen Grund zu Klagen auch immer die Parteilichkeit der dänischen Beamten des verstorbenen Königs gegeben haben mögen, so glaubt man doch, daß diese Ursachen aller Wahrscheinlichkeit nach in Folge der gleichmäßigen Behandlung und des unparteiischen Vorgehens des neuen Souveräns beseitigt werden würden.

Unglücklicher Weise erhoben sich zwei Hindernisse gegen eine Vereinbarung, wie sie die Freunde des Friedens gewünscht haben möchten. Das eine war die Konstitution von Dänemark-Schleswig, angenommen im verflossenen November von dem Reichsrath zu Kopenhagen; das andere die Haltung Deutschlands. Die neue Konstitution Dänemarks erscheint Ihrer Majestät Regierung auf eine Inkorporation Schleswigs hinauszulaufen, und als solche mit den Verpflichtungen der Krone Dänemark im Widerspruch zu stehen.

In der That, die Vertheidigung der dänischen Minister ist in diesem Punkt sehr unbefriedigend. Aber die von Hrn. Hall hinsichtlich des andern Punkts vorgebrachten Gründe, nämlich die gegenwärtige Haltung Deutschlands, sind sehr gewichtig. Seine Gründe können ungefähr wie folgt dargelegt werden: Dänemark hat das königl. Patent vom vergangenen März für Holstein zurückgenommen. Es hat friedlich sich der Bundesexekution unterworfen, obgleich es sie nicht im Bundesrecht begründet betrachtet. Nun verlangt man von ihm die Zurücknahme der kürzlich eingeführten Verfassung für Dänemark und Schleswig. Aber welche Sicherheit bietet man ihm, daß dies das letzte ihm abverlangte Zugeständniß sein wird? Schon werden eine neue Verfassung für Schleswig und eine gemeinsame für die Monarchie als Gründe vorgeschützt, aus welchen künftig neue Ansprüche und weitere Forderungen herzuleiten sind. Wann endlich wird Dänemark Ruhe hoffen können vor diesen unaufhörlichen Anforderungen? Wenn seine Unabhängigkeit bewahrt bleiben soll, so wäre es besser, daß es jetzt Widerstand leistete, als daß es durch stete, aber nutzlose Zugeständnisse sich schwächen ließe.

Obgleich nach dem Erachten Ihrer Majestät Regierung Hr. Hall einen falschen Standpunkt einnimmt, so findet sie doch in den im Allgemeinen von ihm entwickelten Gründen viele Wahrheit. Dänemark hat ein Recht, die Grenzen der Ansprüche Deutschlands zu erfahren, und in die Möglichkeit versetzt zu werden, diesen langen und ermüdenden Streit seinem Ende entgegen zu führen. Mag nun Dänemark während elf Jahren seinen Verbindlichkeiten sich entzogen haben, mag Deutschland diese Zeit hindurch Dänemark mit unbegründeten und unausführbaren Anforderungen gequält haben, so ist es jetzt Zeit, daß diesem Streit ein Ziel gesetzt werde. Die Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, sind es, nebst dem Deutschen Bund, welche am ersten dazu berufen sind, die Bestimmungen und Bedingungen eines en gültigen Uebereinkommens festzustellen. Ihrer Majestät Regierung verlangt daher im Interesse des Friedens:

1. Daß eine Konferenz der Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet haben, im Verein mit einem Abgeordneten des deutschen Bundes in Paris oder London tagen möge zur Verhandlung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark;

2. daß, bis diese Konferenz ihre Arbeiten beendigt habe, der status quo aufrecht erhalten bleiben solle.

Das glaubt Ihrer Maj. Regierung sich berechtigt, um des Friedens in Europa willen zu verlangen. Sie hat kein anderes Interesse in Beziehung auf Dänemark als das, welches einer der alten und unabhängigen Monarchien Europa's gebührt. Aber sie hat ein Interesse daran, daß Europa der Friede erhalten werde. Sie ersucht daher auf das dringendste die Souveräne und ihre Kabinette in Betracht zu ziehen: wie schwierig es sein würde, die Streitigkeiten zu schlichten, wenn sie einmal dem blutigen Schiedsgerichte des Kriegs anheimgefallen wären. Wer kann es vorausbestimmen, welche Ausdehnung ein solcher Krieg nehmen, welche Gelüste er wecken mag, welche Gegenden von seiner Verwüstung heimgesucht werden würden? Es ist an sich von verhältnißmäßig geringer Bedeutung, ob ein Prinz aus dem Hause Glücksburg oder ein Prinz aus dem Hause Augustenburg in Holstein oder in Schleswig regiere. (?) Unter jedem der beiden Fürsten können die Freiheiten und Privilegien seiner Unterthanen gleichmäßig gesichert sein. Aber von großer Bedeutung ist es, daß die Treue den Verträgen bewahrt werde, daß man Recht und Besitz achte, und daß die Kriegsflammen sich nicht über Europa verbreiten aus Anlaß von Fragen, welche ein ruhiges und zeitiges Walten der Gerechtigkeit und Vernunft einer friedlichen Lösung entgegenführen dürfte. Sie sind ermächtigt, eine Abschrift dieser Depesche dem Präsidenten der Bundesversammlung zuzustellen. Ich bin ꝛc. (gez.) Russell.

○ **Frankfurt,** 11. Jan. Ich vernehme so eben, daß auf heute eine außerordentliche Bundestags-Sitzung angesagt worden ist, und vermuthe, daß es sich in derselben um den großmächtlichen Antrag wegen Besetzung Schleswigs handeln wird.

**Stuttgart,** 9. Jan. (A. Ztg.) Die Zweite Kammer nahm gestern in einer langen Abendsitzung die schleswig-holsteinische Frage auf Grund des bereits in den einstimmig gestellten Anträgen mitgetheilten Berichts der staatsrechtlichen Kommission in Berathung. Es stellte sich bei dieser Berathung wieder die seitherige Einmüthigkeit der Kammer heraus, und als rother Faden zog sich durch die ganze Verhandlung das allerentschiedenste Mißtrauen gegen die beiden deutschen Großstaaten, die Besorgniß vor einer Ueberantwortung der Entscheidung dieser reindeutschen Frage an eine europäische Konferenz, das abermalige Hereinbrechen einer argen Reaktion, wofür die nach Frankfurt gelangten identischen Noten Oesterreichs und Preußens angeführt wurden; hieran knüpfte sich der dringende Wunsch und das Verlangen, daß die Mittel- und Kleinstaaten die Fahne des deutschen Rechts und der deutschen Ehre hochhalten, und sie vor der Vergewaltigung der Großstaaten retten möchten.

In diesem Sinn sprachen sich mit Ausnahme Lichtenstein's sämmtliche Redner aus; nur Lichtenstein wollte von keiner Aktion ohne die Großstaaten wissen. Vom Ministertisch aus erklärte Frhr. v. Hügel, daß die k. Staatsregierung bei dem von ihm in der Sitzung des 31. Dez. v. J. bezeichneten Standpunkt entschieden verbleibe und daran festhalte; daß er sich aber über Anträge, die am Bunde noch nicht einmal förmlich eingebracht seien und jetzt noch vertraulich unter den Regierungen zirkuliren, nicht aussprechen könne. Minister v. Linden legte gegenüber einer gefallenen Aeußerung dar, daß, was man auch von dem Londoner Protokoll denken möge, man doch bestimmt dahin sich aussprechen müsse, daß die württembergische Regierung nie gegen die Verfassung dabei gehandelt habe, wobei er sich auf die §§. 85 und 86 der Verfassungsurkunde beruft. An der Debatte betheiligten sich die Abgg. Probst (Berichterstatter), Oesterlen, Schott (der den Wunsch der Ersetzung des württembergischen Bundestags-Gesandten durch einen Andern aussprach, während ihn Minister v. Hügel sehr in Schutz nahm), Becher, der der Triasidee das Wort redete, da jetzt Deutschland nur noch außerhalb Preußen und Oesterreich zu suchen sei; Fetzer, welcher sein Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit der Regierung und seine Ansicht dahin ausdrückte, daß sie wie die andern Mittelstaaten schon aus eigenem Interesse zu Gunsten des legitimen Herzogs mit Unterstützung der Volkssympathien vorangehen müsse; Hölder, der insbesondere zur ungesäumten Aufstellung einer größtmöglichen bewaffneten Macht anräth (außer dem Truppenkorps noch 20,000 Mann Landwehr); Lichtenstein, der ohne die Großstaaten Nichts ausführen zu können vermeint; Mohl, der möglichst schnell durch Besitzergreifung auch Schleswigs eine vollendete Thatsache will; Schuldt, der Zeugniß ablegt von der Stimmung in seinem Bezirk, wo das Volk zu allen Opfern bereit sei; Mittnacht, der zwar in Frankfurt gegen den Zentralausschuß sprach, aber keine polizeiliche Einschreitung gegen denselben zulassen will, sich aber gegen die Aeußerung Ludwig Seeger's in Frankfurt, als ob Dänen in diesem Saal seien, verwahrt, und Ludwig Seeger, der diese Bezeichnung von Dänen in Deutschland nur auf Preußen und Oesterreich angewendet wissen will, nicht aber irgend Jemand in diesem Saal gemeint habe, die Vergewaltigung durch die deutschen Großmächte aber entschieden angreift und den Mittel- und Kleinstaaten die Warnung, gegen das Auftreten derselben sich Schulter an Schulter zusammenzuscharen, wenn sie nicht mediatisirt werden wollen, zuruft.

Bei der Abstimmung wurde der erste Hauptantrag von a bis c mit allen anwesenden 75 Stimmen, der zweite mit 74 gegen die eine Stimme von Graf Bissingen angenommen.

**Stuttgart,** 8. Jan. (Nürnb. Korr.) In den letzten Tagen fanden mehrfache Berathungen im Schoße der Regierung über die Frage statt, ob nicht auch in unserm Lande Einleitungen zur Mobilmachung der Truppen getroffen werden sollen.

**Wiesbaden,** 9. Jan. Auf morgen Nachmittag ist nach Diez von dem Zentralkomitee für Nassau eine allgemeine Landesversammlung in Betreff Schleswig-Holsteins ausgeschrieben. Hier in der Residenz hat sich ein Frauenverein für die nationale Sache gebildet.

**Kassel,** 9. Jan. Die offiziöse „Kassel. Ztg." schreibt zur schleswig-holsteinischen Frage:

Wir haben schon zu wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht, daß von gewisser Seite der Stellung der beiden deutschen Großmächte nicht hinreichend die Rücksicht gezollt werde, auf welche sie einen wohlbegründeten und nur zum Schaden für Deutschland außer Acht zu setzenden Anspruch haben. Es ist von uns zugestanden worden, daß in dieser Hinsicht die vorwurfsvolle Sprache preußischer und österreichischer Organe nicht ganz ohne Grund ist, und es ist uns gerade das als ein besonderer Vorzug in der Haltung der kurhessischen Regierung erschienen, obwohl sie mehrfach darob verkannt und getadelt worden ist, daß sie einen jeden derartigen Vorwurf von sich fern gehalten hat. Aber wenn wir jetzt immer mehr eine beklagenswerthe Spannung zwischen den Mittelstaaten und den beiden Großmächten hervortreten sehen, die sich zumeist in der Sprache der offiziösen Blätter ausdrückt, so können wir nicht umhin, diese Sprache auf Seiten der preußischen Blätter eine unverantwortliche zu nennen. Der Sarkasmus, mit welchem die „Nordd. Allgemeine", und die Derbheit, mit welcher die „N. Preuß. Ztg." die Politik der Mittelstaaten fortwährend angreifen, müssen auf das tiefste verletzen und sind um so unverantwortlicher, als sie durch eine Empfindlichkeit der preußischen Großmachtstellung diktirt sind, welche auch uns, offen gesagt, ganz unerträglich erscheint.

**Dresden,** 7. Jan. (Dresdn. Journ.) Die Erste Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Berathung des Antrags des Vizepräsidenten Oehmichen und Genossen bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Der darüber von der dritten Deputation durch Finanzrath v. Nostitz-Wallwitz

erstattete Bericht gibt zuvörderst einen kurzen Ueberblick der Geschehnisse am Bunde seit November vorigen Jahres, und folgert daraus, daß „unserer Regierung gegenüber daher an sich für die sächsische Ständeversammlung, nachdem sie in dem ständischen Antrage vom 27. November v. J. ihre Gesinnung klar und deutlich ausgesprochen hat, keine Veranlassung vorliegen dürfte, einen anderweiten Antrag bezüglich des vorliegenden Gegenstandes zu stellen". Der Bericht fährt fort:

Angesichts indessen der Haltung, welche die beiden zum Deutschen Bunde gehörigen Großmächte in der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage beobachtet haben und beziehentlich noch beobachten, Angesichts der erst nach dem ständischen Beschlusse vom 27. November v. J. bekannt gewordenen identischen Drohnoten, worin auch von den bisherigen Vertretern der Legitimität Macht für Recht gepredigt und das deutsche Volk belehrt wird, daß für Oesterreich wie für Preußen das deutsche Bundesrecht nur in so weit besteht, als es zur Erreichung ihrer Zwecke geeignet erscheint, Angesichts solcher Thatsachen hält es die unterzeichnete Deputation für eine Ehrenpflicht der sächsischen Ständeversammlung, das Recht der freien Entschließung für ein jedes zum Deutschen Bunde gehöriges Land zu wahren und der königlichen Staatsregierung ihre Anerkennung der von ihr, den Anmuthungen der sogenannten deutschen Großmächte gegenüber bewahrten selbständigen und entschiedenen Haltung ausdrücklich auszusprechen und dieselbe in ihren Bemühungen, dem Rechte freie Bahn zu schaffen, so weit dies an ihr ist, zu unterstützen.

Hievon ausgehend, erklärt sich der Bericht mit dem Eingang des jenseitigen ersten Beschlusses im Wesentlichen einverstanden, und beantragt nur unter Bezugnahme darauf, daß nicht alle Bundesregierungen deßwegen angeklagt werden könnten und es sich jetzt um Kräftigung der Autorität des Bundes handle, eine Aenderung der Worte, worin „der gerechten Entrüstung" über den am 7. Dez. gefaßten Bundesbeschluß Ausdruck gegeben wird, dahin, daß statt dessen gesetzt wird: der betreffende Bundesbeschluß sei ein „das Recht in hohem Grade gefährdender." Was aber den folgenden Antrag wegen vollständiger Besetzung von Schleswig-Holstein durch Bundestruppen betrifft, so glaubt der Bericht, es sei vor Allem die Entscheidung der Erbfrage nothwendig, worauf dann Maßregeln zum Schutz der Zusammengehörigkeit beider Herzogthümer zu ergreifen seien. Noch berührt der Bericht den englischen Vorschlag wegen Lösung der Angelegenheit auf einer Konferenz der bei dem Londoner Vertrag betheiligten Regierungen unter Zuziehung eines Bundesvertreters, und erklärt, daß es nicht den deutschen Interessen entspreche, rein deutsche Verhältnisse, insofern Holstein berührt wird, vor das Forum des Auslandes zu bringen. Nach allen diesen Erwägungen stellt die Deputation folgende Anträge:

In Erwägung, daß der Bundesbeschluß vom 7. Dez. v. J. in keiner Weise geeignet erscheint, die Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie das Recht und die Ehre Deutschlands zu wahren, beschließt die Erste Kammer im Verein mit der Zweiten:

Unter Ausdruck des tiefsten Bedauerns über den das Recht in hohem Grade gefährdenden, am 7. Dez. v. J. gefaßten Bundesbeschluß, sowie unter Anerkennung des Verhaltens der sächsischen Regierung in der vorliegenden Angelegenheit die hohe Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß

1) mit Entscheidung der Frage über die Thronfolge-Berechtigung in den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg beim Bunde nicht länger gezögert werde, — 2) alsdann wirksame Maßregeln zur Wahrung der verfassungsmäßigen Zusammengehörigkeit der beiden erstgenannten Herzogthümer ergriffen werden, — 3) den Versuchen, die Regelung deutscher Angelegenheiten dem Ausspruche des Auslandes zu unterbreiten, Seitens des Bundes entschieden entgegengetreten werde.

Die sehr lebhafte Debatte, an welcher Oberbürgermeister Pfotenhauer, Hofrath Ahrens, Fhr. v. Welck, Bürgermeister Dr. Koch, Kammerherr v. Zehmen, v. Posern, Rittner, Staatsminister v. Beust, Kammerherr v. Rochow und der Referent sich betheiligten, wurde erst nach 3 Uhr zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurde der vorstehende Antrag der Deputation, nachdem die Deputation sich mit einem von Bürgermeister Dr. Koch beantragten Zusatze: an den Punkt sub 1 als Unterabtheilung anzufügen:

sobald es die Verhältnisse gestatten, die verfassungsmäßigen Stände der betheiligten Länder über die Thronfolge gehört werden.

einverstanden erklärt hatte, von der Kammer einstimmig angenommen.

**Leipzig**, 9. Jan. (Wiener „Presse".) So eben wurde eine Vertrauensadresse an den König von den Hochschul-Professoren, Stadtraths-Mitgliedern und anderen Honoratioren beschlossen, und Opferbereitschaft gegenüber einem drohenden „Deutsch-Großmachtsverrath" ausgesprochen. Die „Leipziger Zeitung" spricht sich für den hessen-darmstädtischen Antrag aus.

**Aus Norddeutschland** läßt sich die „Frankf. Postztg." Folgendes über angebliche Plane Preußens in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mittheilen, wofür ihr natürlich alle Verantwortlichkeit bleibt:

Hr. v. Bismarck halte an der Personalunion nicht nur Holsteins, sondern auch Schleswigs mit Dänemark fest, dagegen aber wolle er den beiden, solchergestalt nach Art Luxemburgs vereinigten unabhängigen Herzogthümern ihr selbständiges Staats-Grundgesetz, durchaus selbständige Verwaltung, eigenes Heer u. s. w., sowie Bundesgarnison in Rendsburg und Kiel, nachdem ersterer Platz zur Bundesfestung erklärt worden, nicht nur zusichern, sondern auch verschaffen. Dem Herzog von Augustenburg fiele dann das Amt eines Statthalters zu. Hr. v. Bismarck erkläre sich zugleich bereit, im Fall er auf Widerstand bei Ausführung dieses Planes stoßen sollte, die Herzogthümer selbst zu erobern, wofür sie freilich dann eigentlich Preußen zufallen und in dessen Besitz bleiben sollen, um so mehr, als für ihre Erhaltung bei Deutschland nirgends eine sicherere Gewähr zu finden sei, als bei Preußen. Dagegen soll von Seiten des Herzogs von Augustenburg in Berlin die Anfrage gestellt worden sein, ob ihm nicht gegen Zusicherung des Anfalles der Herzogthümer an Preußen nach dem Ableben des Herzogs gegen einen vollständigen Erbvertrag und schon jetzt erfolgende Ueberlassung des Kieler Hafens als preußische Flottenstation die Herzogskrone doch übergeben würde.

**Hamburg**, 9. Jan. (Presse.) Nachrichten aus Kopenhagen, 8., melden: Quaade's erste Amtshandlung bei Uebernahme des Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten war die an Oesterreich und Preußen, als Mandatare des Bundes beim Abschluß der Vereinbarungen von 1851—1852, ergangene Einladung zu einer Konferenz in Kopenhagen oder Hamburg, um die vollständige Ausführung jener Vereinbarungen anzubahnen.

**Altona**, 9. Jan. Die Bundeskommissäre haben eine Bekanntmachung erlassen, durch welche in Betreff der Zentralverwaltung Holsteins eine Verfügung dahin getroffen wird, daß dieselbe unter Aufhebung der Plöner Regierung vom 12. d. M. an eine Behörde mit dem Namen „herzogliche Landesregierung in Kiel" übertragen wird, welche unter Oberaufsicht der Bundeskommissäre die Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen führen, die Anordnungen der Bundeskommissäre ausführen, und deren Entschließungen in den Fällen einholen soll, in welchen seither landesherrliche Entschließung erforderlich war. Diese Landesregierung besteht aus einem Präsidenten und fünf Mitgliedern.

**Aus Schleswig-Holstein**, 7. Jan. (Nürnb. Korr.) Der König von Dänemark war am 5. in Friedrichstadt. Durch Polizeidiener wurden die „Spitzen der Behörden" aufs Rathhaus entboten. Der Empfang des Königs war außerordentlich kühl. Kein Bürger zeigte sich auf den Straßen. In Friedrichstadt liegen augenblicklich 1000—1200 Dänen. — Das 13. dänische Regiment, meist aus Südschleswigern bestehend, ist so völlig unzuverlässig, daß man es nicht südwärts zu schicken sich traut. Der Vorgang in Plön war bedeutungsvoll. Das 13. Regiment liegt in Sonderburg.

**Berlin**, 7. Jan. Ueber das Ministerconseil vom 3. Januar, welches fünf Stunden währte, theilt man der „Allg. Ztg." mit, daß der König trotz seines leidenden Zustandes, welcher hauptsächlich in einer durch die politischen Verhältnisse genährten nervösen Erregtheit seinen Grund hat, die Berathung in sehr theilnehmender und eingehender Weise geleitet hat. Die Ansichten des Königs, welcher für die schleswig-holsteinische Sache aufrichtige Sympathien empfindet, standen keineswegs immer im Einklang mit den vom Hrn. v. Bismarck vorgetragenen Ideen und Grundsätzen; indessen ist gegen die letztern von den Kollegen des Hrn. v. Bismarck, die allerdings auf politische Bedeutsamkeit keinen Anspruch machen können, keinerlei Widerspruch erhoben worden. Es wurde beschlossen: Oesterreich aufzufordern, gemeinschaftlich mit Preußen ein Ultimatum an Dänemark zu richten und eventuell vom Londoner Vertrag zurückzutreten. [Ein anderer Berichterstatter der „Allg. Ztg." meldet: „Gestern Abend ist von hier eine Depesche nach Wien abgegangen, worin die österreichische Regierung ersucht wird, einem Ultimatum beizutreten, welches Dänemark auffordern soll: innerhalb 48 Stunden die November-Verfassung aufzuheben, widrigenfalls die beiden Mächte sich von dem Londoner Protokoll lossagen würden.] Der König ist auch in dem Ministerconseil entschieden bei seiner Meinung verblieben: daß in der Erbfolge-Frage die Stände von Holstein befragt und gehört werden müssen.

Von den erstaunlichen Aeußerungen, die Hr. v. Bismarck bei dieser Gelegenheit gethan, war schon die Rede. Sie gipfeln sich in dem Gedanken, daß es sich hier nicht so fast, wie andere Leute meinen, um eine Rechts- und patriotische Frage, als vielmehr um eine Machtfrage handle, und bekanntlich geht nach einem andern famosen Wort desselben Staatsmannes Macht vor Recht. Die „Kreuz-Ztg." führt dies des Weitern aus. Ihr zufolge handelt es sich nämlich gar nicht um die Interessen Holsteins, noch weniger um die Schleswigs (welche die bösen „Demokraten" im Interesse der Augustenburger Dynastie bereitwillig preisgeben zu wollen scheinen); es handelt sich vielmehr um die Machtfrage zwischen den Großstaaten, namentlich Preußen, einerseits und den „Würzburger" Staaten andererseits. Es ist deßhalb auch vor allen Dingen Sorge zu tragen, „daß bei dieser Frage das preußische Königthum nicht eingefangen werde in die Netze der Domokraten, daß die preußische Armee nicht der schlauberechnenden Revolution zur Beute falle", oder ihre Ordre, statt von ihrem Kriegsherrn, künftighin von den Herzogthümern und den Großherzogthümern erhalte. Mit Recht hält die „National-Ztg." eine Kritik dieser Auffassung für ganz überflüssig.

Die HH. Schulrath Wantrup und Kreisgerichtsrath Romahn wurden bei der Ersatzwahl in Marienburg wieder gewählt.

**Berlin**, 9. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." behauptet in der Lage zu sein, das tendenziöse Gerücht zu dementiren, daß die preußische Regierung beabsichtige, beim Bunde einen Antrag auf Einschreiten gegen den Zentralausschuß der Abgeordnetenversammlung einzubringen.

**Berlin**, 9. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Die Einberufung der holsteinischen Stände, damit ihr Votum dem Entscheid des Bundes zur Grundlage dienen könne, sollte an hoher Stelle gewünscht worden sein. Dies hatten wir Ihnen schon vor mehreren Tagen geschrieben, mit dem Hinzufügen, es werde wahrscheinlich heißen, man habe in Wien nicht darauf eingehen wollen, während doch das zwischen Berlin und Wien herrschende Einverständniß über jene angebliche österreichische Ablehnung Jedermann orientiren müsse. Dieselbe Berufung auf Oesterreich ist auch bemerkbar gewesen, wenn es sich um das Aufgeben des Londoner Protokolls handelte. Es hieß, Oesterreich wolle nicht. Man darf voraussetzen, daß alle Welt über das Sachverhältniß im Klaren ist. — Die wichtigste Nachricht des Tages ist, daß, wie man in gewöhnlich unterrichteten Kreisen versichert, die Konferenz wegen der dänisch-deutschen Frage jetzt Aussichten auf Verwirklichung haben soll, und zwar sogar die Konferenz in London. Es sei in Paris ein noch nicht aufgeklärter Umschwung eingetreten. — Die Anleihekommission hat heute Beschluß gefaßt. Für die einfache Annahme der Regierungsvorlage stimmte Niemand. Die verschiedenen Amendements und eventuellen Anträge der Abgg. v. Sybel, Twesten und Reichenheim, die in der einen oder andern Form die Kosten für die Bundesumlage oder die Küstenbefestigung bewilligen, aber auf den Staatsschatz oder die vorhandenen Bestände anweisen wollten, wurden mit 13 gegen 6 Stimmen oder noch größeren Majoritäten abgelehnt. Die Regierungsvorlage als solche, d. h. die beantragte Anleihe, ist also einstimmig abgelehnt, und man glaubt, daß sie im Hause mit einer Majorität von zwei Dritteln Stimmen abgelehnt werden dürfte. Im Grund ist also der Meibauer'sche Antrag auf einfache Ablehnung von der Kommission angenommen. Nicht zur Abstimmung kam ein eventueller Antrag des Abg. v. Bockum-Dolffs, der die Entlassung der Landwehrmänner fordert, welche, im Widerspruch mit §. 8 des Gesetzes von 1814, als Reservisten einberufen seien. Ein Antrag des Abg. v. Carlowitz, der auf die Möglichkeit hindeutete, daß die Regierungspolitik sogar die Bundesexekution gegen den Sinn des Bundesbeschlusses ausführen könnte, wurde zurückgezogen. Der Abg. v. Sybel ist leidend und konnte der Kommissionssitzung nicht beiwohnen. Zum Referenten für das Plenum wurde der Abg. Aßmann ernannt. Der Finanzminister war heute in der Kommission anwesend. Seine Erwähnung der in Frage stehenden „deutschen Interessen" ließ auf den Widerspruch mit dem Ministerpräsidenten aufmerksam machen, der von deutschen Interessen abzusehen schien. — Das Herrenhaus wird Donnerstag die Preßnovelle berathen.

◊ **Berlin**, 10. Jan. Am 6. d. M. ist an die 12. Infanteriebrigade der Befehl ergangen, Sonntag 10. d. nach der Priegnitz auszurücken. Diese zur 6. Division gehörige Brigade, welche schon seit Wochen in Marschbereitschaft gesetzt ist, hat bekanntlich ihren Stab in Brandenburg. Die betreffenden Truppentheile sammeln sich einstweilen in der Gegend von Havelberg nach der Hamburger Eisenbahn zu. Von dort werden dieselben alsbald nach der holsteinischen Grenze weiter befördert. Die Truppen der 13. Division (Münster) haben nunmehr den Befehl, sich bis zum 14. d. M. bei Minden zu konzentriren. Ihre Beförderung nach Holstein wird über Hannover und Harburg erfolgen. — Heute rücken sämmtliche mobile Kolonnen des 3. Armeekorps aus ihren Formationsorten zu den Truppen der 12. Infanteriebrigade nach der Priegnitz ab. — Der Untersuchungsausschuß fand gestern die neueste Erklärung des Ministeriums wegen der Kompetenzfrage ungenügend. — Man vernimmt gerüchtsweise, daß die altliberalen Abgeordneten die Reorganisationskosten wegen der Lage des Landes diesmal im Extraordinarium zu bewilligen beantragen werden.

**Wien**, 6. Jan. Man schreibt dem „Schw. Merk.":

In hohen Kreisen spricht man von einem eigenhändigen Schreiben, welches der König Johann von Sachsen an den Kaiser Franz Joseph in der schleswig-holsteinischen Frage gerichtet hat. Der König sagt darin, daß er die Erbfolge-Frage nach den vorhandenen Dokumenten genau studirt und die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Herzog Friedrich von Augustenburg allerdings rechtmäßige Successionsansprüche besitze; unbestritten seien diese jedoch nur auf einen Theil von Holstein, während namentlich der Gottorp'sche Antheil, also die Herrschaften Rantzau und Pinneberg mit dem Hafen von Kiel, auf welchen Rußland Ansprüche erhebe, mindestens eben so streitig sei, als diejenigen Landestheile, welche Oldenburg und Kurhessen beanspruchen können. Bei dieser Sachlage, meint der König, sei es am gerathensten, von der rechtlichen Dokumentirung der Ansprüche ganz abzusehen und sich bei der Lösung der Frage nur durch politische Motive leiten zu lassen. Diese geböten, daß der Deutsche Bund den Londoner Vertrag, dem er nicht beigetreten, ignorire und Friedrich von Augustenburg wenigstens als Herzog von Holstein anerkenne, da dessen Ansprüche auf Lauenburg schwer zu erweisen und der Bund über Schleswig nicht zu verfügen habe. Im Ministerium des Auswärtigen hat man sich dieses Briefes sogleich als eines Mittels bemächtigt, um von neuem gegen die Ansprüche des Herzogs Friedrich zu agitiren, mit dem Einschreiten Rußlands zu drohen und das Festhalten am Londoner Vertrag als eine unabweisliche Nothwendigkeit darzustellen.

**Wien**, 8. Jan. (A. Z.) Die Verhandlungen mit Preußen über einen gemeinsam einzunehmenden und zu behauptenden Standpunkt in der schleswig-holsteinischen Frage sind abermals im Gang. Ein Einverständniß in Bezug auf Das, was man beiderseits nicht will, war freilich bereits erzielt; aber es schien angemessen, eingehende und bindende Verabredungen auch für ein positives Programm und namentlich für den nicht als unwahrscheinlich betrachteten Fall zu treffen, wo der österreichisch-preußische Antrag betreffs der Okkupation Schleswigs in der Minorität bleiben und entweder der weiter gehende hessische oder der zwischen beiden die Mitte haltende sächsische Antrag zur Annahme gelangen sollte, und hierin ist eine vollständige Einigung noch nicht erfolgt, insofern man in Berlin nicht abgeneigt scheint, eventuell dem allenfalls noch etwas abzuschwächenden letztgenannten Antrag zuzustimmen (!). Uebrigens ist es vollständig unrichtig, wenn die Blätter schon eine kleinere oder größere Zahl weiterer österreichischer Truppen das österreichische Gebiet überschreiten und sich auf dem Marsch nach Holstein befinden lassen. Marschbereit steht die ganze bundesmäßige Reserve, aber wirklich marschiren wird sie, ganz oder theilweise, erst dann, wenn und je nachdem der betreffende Befehl dazu aus Frankfurt einlangt.

**Wien**, 9. Jan. Ein Korrespondent der „Allg. Ztg." widerlegt die Nachricht von einer österreichisch-preußischen Note, welche die Regierungen zu energischem Einschreiten gegen den Sechsunddreißiger-Ausschuß auffordern soll. Von einer Note sei zunächst gar keine Rede. Oesterreich und Preußen, und zwar mit vollster Zustimmung und Unterstützung Bayerns, hätten nur an verschiedenen Orten und vor allen Dingen in Frankfurt selbst, sich den Regierungen gegenüber veranlaßt gesehen, über die zweifelhafte Gesetzlichkeit und über die unvermeidlichen Gefahren einer festen Vereinsorganisation zu Kriegszwecken die geeigneten Bemerkungen zu machen, und die betreffenden Regierungen hätten fast ohne

Ausnahme dieselben als begründet erkannt. — Die Konferenzverhandlungen lassen abermals eine Wandlung erkennen. Frankreich hat so eben erklärt, auch an einer Konferenz bloß über den deutsch-dänischen Konflikt sich betheiligen zu wollen, aber nur wenn auch der Deutsche Bund auf dieser Konferenz vertreten sei.

In der gestrigen Oberhaussitzung wurde Hr. v. Schmerling von vielen seiner Kollegen und politischen Freunde, namentlich dem Präsidenten Fürst Karl Auersperg, herzlich begrüßt. Veranlassung zum Sprechen ergab sich ihm nicht. — Die amtliche „Venetianer Ztg." bestätigt, daß zwei Panzerfregatten in den adriatischen Gewässern ausgerüstet werden, welche die Bestimmung haben, zum Schutze deutscher Häfen verwendet zu werden. Das Blatt fügt noch hinzu, daß die beiden Schiffe schon im Lauf des Monats Februar in Hamburg eintreffen werden. Außer Hamburg soll auch Bremen einen Schritt gethan haben, um Schutz für seine Küsten zu erlangen. — Frhr. v. Bach wurde in Venedig erwartet, um einen dreimonatlichen Urlaub in Wien zuzubringen.

## Frankreich.

♂ **Paris,** 9. Jan. Berryer hat gestern in der Kammer gesprochen, und es ist kaum nöthig, zu sagen, daß die Rede oder richtiger der Anklageakt des berühmten Anwalts gegen die kaiserl. Finanzverwaltung das Ereigniß des Tages ist. Hr. Berryer weist nach, daß die Summen der seit 12 Jahren gemachten Anleihen 3 Milliarden 144 Millionen betragen, und erhob die Anschuldigung, daß die Regierung, als sie das Rektifikativbudget für 1863 vorlegte, die aus den Expeditionen nach Mexiko und Cochin-China bereits erwachsenen Kosten verhehlt habe, „um dem Lande die enormen Lasten dieses Unternehmens nicht sofort aufzudecken" und daß sie, um eine „Indemnitätsbill" zu erhalten, absichtlich wartete, bis die Ausgaben gemacht worden seien und nothwendiger Weise votirt werden müßten. Nebenbei erfährt man auch aus der Rede des Hrn. Berryer, daß die französischen Truppen wenigstens noch ein Jahr in Mexiko bleiben werden, eine Perspektive, welche der berühmte Redner auf mindestens 150 Millionen anschlägt. Nach Berryer sprach Hr. Ollivier. Er citirt die Worte L. Napoleon's (in seinem Buch über die Stuarts): „Man kann nicht lange die Freiheit im Innern unterdrücken, ohne Ruhm nach außen zu geben" — und fügt bei: „Wählet nun Ruhm oder Freiheit. Den Ruhm, welcher große Budgets erfordert, oder die Freiheit, welche den Ruhm unnöthig macht." — Der Regierungskommissär Vuitry erklärte am Schluß der Sitzung, daß die Regierung antworten und die ihr gemachten Vorwürfe widerlegen werde.

Sir Henry Bulwer, welcher auf dem Wege nach Konstantinopel Paris berührte, hatte eine längere Unterredung mit dem Kaiser und mehrere Audienzen bei Hrn. Drouyn de Lhuys. Die englische Regierung, welche ihren Konferenzantrag so ziemlich verworfen sieht, schlägt nun eine Lösung der Frage der Herzogthümer durch eine Vermittlung der Großmächte in dem Streite zwischen Dänemark und Deutschland vor. Es ist anzunehmen, daß die Konferenz in dieser zweiten Auflage kaum mehr Beifall finden wird, als in der ersten. — Die Untersuchung gegen die verhafteten 4 Italiener wird eifrig fortgesetzt; einer derselben hatte eine Tratte von 1000 Fr. auf das Haus Rothschild im Besitz. Der fünfte Verhaftete, der ehemalige Garibaldi'sche Major Caimi, ist nur der ungesetzlichen Anwerbungen angeschuldigt. Nur scheinen Indizien vorhanden zu sein, daß die angeworbenen 63 Individuen nicht, wie angegeben, für Garibaldi bestimmt waren, sondern hier, in Paris, bei einem allenfallsigen Attentat eine Rolle spielen sollten.

Der „Temps", welche dieser Tage die Protestation der Akademie der schönen Künste gegen das kais. Reorganisationsdekret, nicht aber die Erwiederung des Marschalls Vaillant mitgetheilt hatte, wird heute Abend gezwungen, dieses 6 Spalten füllende Aktenstück als „Mitgetheilt" zu veröffentlichen. — Gestern fand bei Hrn. Picard eine neue Versammlung statt; auch dieses Mal konnte man sich wegen der Amendements über Polen und Italien, insbesondere die Räumung Roms, nicht verständigen. Die HH. Pelletan und Ollivier sind für ein konföderirtes Italien. — Mehrere Abgeordnete, u. A. Le Hon, General Luzy, Graf Jaucort ꝛc., beantragen in einem Amendement Unterdrückung der Mornyschen Phrase: „Wir bedauern, wenn unsere Beziehungen zu dieser Macht (Rußland) erkalten würden." — Man erwartet morgen oder Montag die Bedingungen der Anleihesubskription im „Moniteur" zu finden. Man spricht vom Kurse von 66.50 mit auf 12—15 Monaten echelonirten Einzahlungen.

## Dänemark.

**Kopenhagen,** 5. Jan. (Köln. Ztg.) Die Bevollmächtigten Englands und Rußlands, Lord Wodehouse und Staatsrath v. Ewers, haben durch ihre vermittelnden Vorschläge bis jetzt keinen Erfolg erzielt. Vor der Abreise zur Armee soll ihnen der König in einer Audienz erklärt haben, daß er als konstitutioneller Monarch außer Stande sei, auf eigene Verantwortung hin die November-Verfassung aufzuheben. Die beiden Bevollmächtigten haben darauf bei dem neuen Ministerium ihre dringenden Vorstellungen erneuert, es aber nur dahin gebracht, daß das dänische Kabinet sich zur Beschickung einer Konferenz bereit erklärt hat, wenn die sämmtlichen Unterzeichner des Londoner Vertrages an derselben Theil nehmen sollten. Dazu ist indessen bis jetzt keine Aussicht, weil General Fleury nicht nur keine Hoffnung auf die Theilnahme Frankreichs gemacht, sondern auch angeblich jede Aussicht auf Frankreichs Hilfe bei einem Kriege Dänemarks mit Deutschland benommen hat. Ich sage: angeblich, denn gute Nachrichten aus Schweden sprechen von der regen Theilnahme, welche Frankreich für die Entwicklung der skandinavischen Idee zeigt. Die Stimmung in der hiesigen königlichen Familie ist daher eine gedrückte, und man spricht davon, daß Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen mit seiner Gemahlin beim Ausbruch eines Krieges nach Deutschland zurückkehren werde. Schwedens Hilfe steht nicht mehr zu erwarten, denn in einflußreichen Kreisen Stockholms lebt man der Hoffnung, daß König Christian nicht dauernd auf dem dänischen Throne bleiben und dann die Gelegenheit sich darbieten werde, der Verwirklichung der skandinavischen Idee näher zu treten. Ein Grund der augenblicklichen Zurückhaltung Schwedens liegt aber auch in der Besorgniß, daß Rußland die Gelegenheit benützen werde, durch eine Deutschland günstige Politik [?] in der Angelegenheit der Herzogthümer sich dort Sympathien zu erwerben, welche bei einem Konflikte zwischen Schweden und Rußland zur Geltung kommen könnten. Von dem Rathe des Kaisers Napoleon, bis zum Frühjahr zu warten, weil er die schleswig-holsteinische Frage dann in die Hand zu nehmen gedenke, ist bereits gesprochen worden. Der schwedische Gesandte Graf Hamilton hat in Folge der unterbliebenen Allianz zwischen den nordischen stammverwandten Staaten seine Entlassung eingereicht, ist aber noch nicht abberufen worden, da man in Stockholm diesen entschiedenen Gegner der Politik des Grafen Manderström so lange als möglich entfernt halten möchte. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens bereiten ihre Abreise vor, doch ist ein Tag für dieselbe noch nicht festgesetzt.

**Kopenhagen,** 8. Jan. Der König und der Kronprinz sind heute Morgen hier eingetroffen.

## Rußland und Polen.

**Breslau,** 6. Jan. Die „Bresl. Ztg." theilt einen Ukas mit, der die ehemaligen Soldaten des Königreichs Polen, welche sich gegenwärtig in gesetzwidrigem Urlaub befinden, unter die Fahnen ruft.

**Warschau,** 8. Jan. Eine Regierungsverordnung schreibt für die vier Gouvernemente des Königreichs Polen eine Kontribution aus, die von regulirten Bauergrundstücken das Einfache, von dem größern geistlichen und weltlichen Besitzthum das $3\frac{1}{2}$fache der jährlichen Rauchfangs- und Scharwerkssteuer beträgt und bei Vermeidung einer Strafe von 25 Proz. bis zum 25. Febr. gezahlt werden soll.

**Warschau,** 10. Jan. Eine Regierungsverordnung bestimmt die städtische Kontribution auf 3 Proz. von den Hauseinkünften in Warschau und Praga, und für die andern Städte auf das Doppelte der Rauchfangs- und Scharwerkssteuer. Als Frist ist für Warschau der 31. Jan., für die andern Städte der 25. Febr. bei einer Strafe von 25 bis 50 Proz. bestimmt.

**Wilna,** 4. Jan. Vorgestern, 11 Uhr Vormittags, wurde auf dem Marktplatz ein Galgen errichtet, und das Todesurtheil durch Erhängen an zwei Mitgliedern der exekutiven Nationalregierung vollstreckt, Dormanowski und Zdanowicz. Beide sollen einen besondern Eifer für die Zwecke des Aufstandes entwickelt haben.

**Triest,** 8. Jan. Die Verhaftungen in Odessa dauern fort und im dortigen Arsenal herrscht eine große Thätigkeit.

## Türkei.

* **Konstantinopel,** 8. Jan. Die Pforte hat an den Fürsten Kusa einen Protest gegen die Säkularisirung der rumänischen Klöster gerichtet, und außerdem beklagt sich ein offiziöser Artikel im „Journ. de Constantinople" über die Haltung der moldau-walachischen Regierung. In einer Note an die russische Gesandtschaft protestirt ferner die türkische Regierung gegen den Transport von Eisenplatten durch den Bosporus, die zur Bekleidung einer russischen Korvette zu Nikolajew bestimmt sind. Die hiesige persische Gesandtschaft erklärt die Nachricht, daß die Cholera in Persien ausgebrochen sei, für falsch.

## Baden.

** Aus dem Mittelrheinkreis, 9. Jan. Aeußerm Vernehmen zufolge wurden in die Kommission für die im kommenden Frühjahr stattfindende Referendärsprüfung ernannt: Hr. Hofrichter Prestinari in Konstanz als Präsident und die HH. Hofgerichts-Räthe Ruth in Mannheim, Obkircher in Freiburg und Dr. Puchelt in Bruchsal als weitere Mitglieder.

Bruchsal, 10. Jan. Die gegen Margaretha Heppel von Oberhilbersheim in Rheinhessen wegen Ermordung ihres Kindes vom hiesigen Schwurgericht in seiner letzten Quartalsitzung 1863 erkannte Todesstrafe wurde im Gnadenweg in Zuchthausstrafe von 18 Jahren verwandelt.

÷ Mannheim, 11. Jan. Der am 21. Dez. v. J. vom hiesigen Schwurgerichtshof zum Tod verurtheilte Mörder Friedrich Kühner von Hagenbach (Amts Adelsheim) wurde zu 20jähriger Zuchthausstrafe begnadigt.

÷ Mannheim, 11. Jan. Tausende strömten gestern über die Eisdecke des Rheins, um die seit dem Jahr 1853 nicht mehr dagewesene Gelegenheit des freien Rheinübergangs zu benützen. Die Unterbrechung des Verkehrs zwischen beiden Ufern bezüglich der Fuhrwerke ꝛc. ist sehr fühlbar. An der Ueberfahrtsanstalt ist man seit drei Tagen mit Durchbrechung der Eisdecke beschäftigt, um mittelst der Fahrzeuge das Uebersetzen der Eisenbahnwagen zu ermöglichen; es arbeiten wohl gegen 300 Mann an dieser Stelle; ob aber das Ziel erreicht werden wird, ist noch fraglich. Denn an manchen Stellen, insbesondere in der Nähe des Ufers, hat sich das Eis übereinander geschoben und die Eisschichte ist dort 5 bis 6 Fuß dick. Vorgestern schon versuchte man das Eis dadurch zu zertrümmern, daß zwei auf der Brücke gestandene Lokomotiven ihre Kraft anwendeten, die „Nähe" vorwärtszuziehen; das Drahtseil und ein anderes armdickes hänfenes Seil zersprangen jedoch wie Bindfaden. — Auch in der Nähe der Brückengeldserhebungs-Häuser hat man begonnen, die Eisdecke zu durchbrechen und eine Ueberfahrt herzustellen; diese gelingt sicher, die Arbeit dürfte aber wohl noch 2 bis 3 Tage in Anspruch nehmen.

# Konstanz, 10. Jan. Heute früh kam die Nachricht hieher, daß das hart am See gelegene Gasthaus „zum Schiff" in Meersburg sammt Brauerei und Oekonomiegebäuden heute Nacht abgebrannt ist. Der Brand brach um 1 Uhr in der Nacht in dem Brauereigebäude aus. Nur das Erdgeschoß steht noch in stark beschädigtem Zustande. Eben um 3 Uhr geht auf telegraphische Requisition eine Abtheilung Löschmannschaft von hier dahin ab, wahrscheinlich um die in der harten Kälte ermüdeten Arbeiter abzulösen.

## Vermischte Nachrichten.

— Mainz, 9. Jan. Die Verhandlungen in dem Prozeß Warburg werden heute beendigt werden. In der Vormittagssitzung sprachen schon der Advokat der in der Broschüre angegriffenen Zivilparteien und der des Angeklagten. Nachmittags um 5 Uhr begann der Vortrag des Staatsprokurators.

— Varel, 4. Jan. Für Schleswig-Holstein sind hier etwa 1100 Thlr. zusammengebracht, welche dem Zentralausschuß in Frankfurt a. M. eingesandt werden sollen.

---

Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, hat sich in Stettin eine Bande von Schwindlern gebildet, vor deren Unternehmungen auch in unserm Lande gewarnt werden muß, da sie ihre Geschäfte nach allen Richtungen hin in Deutschland auszudehnen scheint. Ohne selbst Waarenlager und Geschäftslokale zu besitzen, geben sich diese Personen für Kaufleute aus, suchen sich durch allerlei Vorspiegelungen, durch Eröffnung von Wechselkredit auf ihre Helfershelfer oder auch durch Bezugnahme auf angesehene Handlungshäuser den Schein der Solidität zu verschaffen. Sie machen Bestellungen auf Waaren aller Art, und wenn diese dann in der Hoffnung der Eröffnung neuer Geschäftsverbindungen geliefert sind, so zahlen sie gar nicht oder mit Wechseln, die später nicht honorirt werden; und dem Betrogenen, der sich zu weitern gerichtlichen Schritten verleiten läßt, bleibt dann nur noch übrig, die Gerichtskosten zu zahlen.

Die Stettiner „Ostsee-Zeitung" enthält hierüber folgenden Artikel:

„Stettin, 16. Dez. Seit längerer Zeit laufen hier von sehr vielen Plätzen des Inlandes bei hiesigen Häusern Anfragen ein über die Solidität von in der kaufmännischen Welt ganz unbekannten Firmen. Diese Firmen machen, wie sich herausstellte, Beziehungen von Waaren meist von inländischen Fabrikanten, indem sie sofortige Zahlung nach Empfang versprechen, oder bitten auf sie den Betrag zu entnehmen und sich dabei meist auf die Banken und ersten hiesigen Häuser beziehen. Im Falle nun bei diesen Anfragen erfolgten, so lautete die Antwort natürlich, daß der Besteller eine durchaus unbekannte Persönlichkeit sei, oder sie war von einer Warnung vor Effektuirung der Aufträge begleitet. Leider unterließ aber eine große Anzahl Geschäftstreibender solche Anfragen; besonders war dies bei Fabrikanten im Innern Deutschlands der Fall; erfreut über die Anknüpfung einer neuen viel versprechenden und dem Anschein nach sehr soliden Geschäftsverbindung sandten sie die verlangte Waare und haben nun niemals dafür Zahlung zu erwarten. Silberwaaren, Uhren, Piano's, Kurzwaaren, Tuche, Cigarren, Weine, ätherische Oele, Leder, kurz Alles, was zu verwerthen ist, wurde in Folge dieser Aufträge gesandt. Einige, aber verhältnißmäßig nur wenige, Absender waren vorsichtig genug, ihre Sendungen an hiesige bekannte Häuser zu adressiren, und kommen daher, da diese sie nicht an die Besteller ausliefern, mit den gehabten Unkosten davon. Man kann annehmen, daß die Verluste, welche der Geschäftswelt durch diese Manipulationen erwachsen sind, nicht weit von 100,000 Thlr. entfernt bleiben, im Fall sie diese Summe nicht überschreiten. Uns liegt eine Liste von 22 „Firmen" vor, welche, wie uns glaubwürdig versichert wird, alle seit längerer Zeit ganz oder fast ganz davon leben. Vorläufig wollen wir daraus folgende nennen, welche mit den Gerichten und der Polizei mehrfach in Konflikt gerathen sind. Es sind dies die Herren Ed. Löffler & Cie., Oskar Wolff & Cie., J. P. Jeanson, J. C. Nicolai, F. W. Schramm, Wilh. Sommerfeld, Karl Thielcke, Hugo Nathusius. (Sämmtlich u. A. bei einer Weinbestellung im Werth von ca. 1500 Thlr. betheiligt. Der Letztgenannte wird jetzt, des Meineids angeklagt, von den Gerichten gesucht. Er hatte noch unter Anderem vor kurzem bei einem Augsburger Fabrikanten ein Piano nach dem Muster eines seinem Freunde Löffler gesandten bestellt. Dieser Auftrag wurde aber glücklicher Weise nicht effektuirt, da Hr. L. keine Zahlung gemacht hatte.) Ferner Otto Kießler. (Für den Juwelier K. kam u. A. bei einem hiesigen Spediteur 1 Kiste mit Silberwaaren aus Wien an und ebenso bei demselben eine Kiste Uhren aus Wien für den Uhrmacher K.; beide sind, da sie nur gegen Werthnachnahme auszuliefern waren, dem Eigenthümer gerettet. Dagegen ließ sich ein Barmer Fabrikant verleiten, diesem Herrn ein Faß Anilinroth im Werth von ca. 55 Thlr. zu übersenden, wogegen er 3 Monate Wechsel von 70 Thlr. 29 Sgr. auf W. Messau & Cie. in Stepenitz in Zahlung erhielt. K. wollte den Ueberschuß bis zu einer neuen Bestellung kreditirt haben. Natürlich sind diese Wechsel beim Verfall nicht bezahlt und der Absender sieht niemals etwas von seiner Waare und deren Werth wieder.) Endlich Karl Marx (früher Hausknecht, zeichnet bisweilen p. p. Löffler & Cie.).

Wir werden unsere Erkundigungen fortsetzen und glauben demnächst diese Liste durch Nennung der Hauptdirigenten und des s. g. Bankiers der Gesellschaft vervollständigen zu können.

Wir bitten die Zeitungsredaktionen im allgemeinen Interesse um möglichst weite Verbreitung dieser Mittheilung."

Hiernach ist anzurathen, vorkommenden Falls nur auf Erkundigung bei wohlbekannten Stettiner Firmen sich in dortige Geschäfte einzulassen.

---

## Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| 9. Jan. | Barometer. | Thermometer. | Wind. | Himmel. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| Morgens 7 Uhr | 28"0,23''' | — 5,0 | N.O. | stark bew. | trb., dunst., klt. |
| Mittags 2 „ | „ 0,12''' | — 0,5 | „ | „ „ | sonnenkl., „ |
| Nachts 9 „ | „ 0,34''' | — 3,5 | „ | schw. bew. | sternhell, kalt. |
| 10. Jan. | | | | | |
| Morgens 7 Uhr. | 28"0,80''' | — 6,5 | „ | „ „ | heiter, kalt. |
| Mittags 2 „ | „ 0,93''' | — 0,5 | „ | „ „ | Sonnensch., „ |
| Nachts 9 „ | „ 1,50''' | — 1,7 | „ | „ „ | sternhell, kalt. |

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

## Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 12. Jan. 1. Quartal. 7. Abonnementsvorstellung. **Der Zigeuner;** Charakterbild in 1 Akt von Berla. Hierauf: **Der verwunschene Prinz;** Schwank in 3 Akten von Plötz.

## Theater in Baden.

Mittwoch 13. Jan. **Die Alten und die Jungen;** Lustspiel in 1 Akt von H. Lorm. Hierauf: **Der verwunschene Prinz.**

Z.d.387. Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Errichtung eines Rollfuhrwerkes zwischen bayr. und bad. Maxau betr.

Die unterzeichnete Direktion und die Direktion der pfälzischen Bahnen beabsichtigen, den mit der Eröffnung der Bahn von Winden bis an den Rhein bei Maxau ins Leben tretenden **Rollfuhrdienst zwischen bayrisch** und **badisch Maxau** gemeinschaftlich an einen Unternehmer zu vergeben. Dieser Dienst besteht in dem Transporte sämmtlicher Güter-, Kohlen- und Coaks-Sendungen zwischen den Bahnhöfen der beiden genannten Orte, und bezw. in dem Verladen der Sendungen auf und von den Eisenbahnwagen.

Hierzu Lusttragende wollen ihre deßfallsigen Anerbietungen unter Angabe der Uebernahmspreise bei unterzeichneter Stelle, woselbst auch die näheren Bedingungen noch erfragt werden können, innerhalb 14 Tagen einreichen.

Karlsruhe, den 5. Januar 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Schädle.

---

Z.d.396. Stockach.

## Stadtgemeinde Stockach.

Die Einrichtung der Gemeinderegistratur betreffend.

Die Registratur der hiesigen Stadtgemeinde soll durch einen geschäftskundigen Mann eingerichtet werden.

Diejenigen Herren, welche Lust haben, dieses Geschäft zu übernehmen, ersuchen wir, sich alsbald bei dem Gemeinderath dahier zu melden, woselbst ihnen auch jede weitere Auskunft ertheilt werden wird.

Stockach, den 2. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.

v. Massenbach.

vdt. C. Rebholz, Rathschrbr.

---

## Karten von Schleswig-Holstein 2c.

Z.d.302. In der **G. Braun**'schen **Hofbuchhdlg.** in **Karlsruhe** sind vorräthig:

**Karten von Schleswig, Holstein, Lauenburg, Dänemark, den Küstenländern der Nord- und Ostsee, Rußlands Ostseeprovinzen 2c.**

zum Preise von 12, 18, 27, 36, 54 kr., 1 fl. 12 kr., 2 fl. 42 kr.

---

Z.d.443.1. Eppingen.

## Lehrerin gesucht.

Für die höhere Töchterschule dahier wird auf 1. April d. J. eine Lehrerin gesucht, die in der französischen und deutschen Sprache, Musik und weiblichen Arbeiten gründlich zu unterrichten versteht. Gehalt 300—350 fl., freie Wohnung, Hauseinrichtung und Holz. Meldung wolle bei Herrn Pfarrer **Alt** dahier eingereicht werden.

Eppingen, den 10. Januar 1864.

---

## Stellegesuch.

Z.d.428. Ein junger Mann, welcher schon eine Reihe von Jahren bei einem Amtsrevisorat als Kanzleigehilfe beschäftigt war, sucht nun, um seine Reiselust befriedigen zu können, eine Stelle als Bedienter oder dergl. unter den bescheidensten Ansprüchen. Bei dem guten Willen des Bewerbers würde sich dieser bald in einem derartigen neuen Dienste ausfinden.

Näheres besagt die Expedition dieser Zeitung.

---

## Commisstelle.

Z.d.445. Ein achtbarer und kenntnißvoller junger Mann, der seine Lehre in einer Material-, Farb- und Spezereiwaaren-Handlung bestanden, hierin ein guter Detaileur ist, und gehörige Comptoirwissenschaften besitzt, kann in der Eigenschaft als Commis placirt werden.

Nähere Auskunft ertheilt in frankirten Briefen die Expedition der Karlsruher Zeitung.

---

## Offene Volontair-Stelle.

Z.d.395. In ein bedeutendes Tuchwaarengeschäft en gros und en detail der französischen Schweiz (Genf) wird ein junger Mann aus guter Familie als Volontair gesucht, der sofort oder längstens bis 1. Februar eintreten könnte. Anfangsgründe in der französischen Sprache wären erwünscht. Franko-Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes.

---

Z.d.391. Karlsruhe.

## Cirque Hinné.

Möblirte heizbare Wohnungen in allen Größen werden für die Mitglieder des Cirque Hinné gesucht, ebenso Stallungen für Pferde. Inhaber solcher Lokalitäten werden höflichst ersucht, Adresse mit Angabe des Preises, schriftlich im Gasthofe zum Waldhorn beim Oberkellner Fritz gütigst abgeben zu lassen. **Ferdinand Peter**, Geschäftsführer des Cirque Hinné.

---

## Bitte um Auskunft!

Wer Auskunft über den jetzigen Wohnort des Lehrers Blatz (früher in Rohrberg, Post Zell i. W., Amt Schönau, Großh. Baden) zu geben vermag, wird gebeten, dies brieflich der Expedition der Karlsruher Zeitung mittheilen zu wollen. Z.d.446.

---

Z.d.357. Freiburg i. B.

## Anzeige und Empfehlung.

Durch Anschaffung einer **Dampfmaschine** bin ich in den Stand gesetzt, alle Gattungen Möbel, als: Kommoden, Chiffonniers, Bettstätten, Tische, Kanapees, Sessel 2c., auf das **schnellste, billigste** und **beste** liefern zu können.

Freiburg i. B.

**Wilh. Mayer**, Schreinermeister.

---

**Kaufgesuch.** Z.d.440. **Eine Laden-Einrichtung, für ein Kurzwaaren-Geschäft geeignet, wird zu kaufen gesucht.**

**Näheres bei der Expedition dieses Blattes.**

---

Z.e.142. Karlsruhe.

## Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

In der heute vor Notar und Zeugen vorgenommenen IV. Verloosung unseres 5 % Anlehens von 400,000 fl. wurden folgende Partial-Obligationen gezogen:

Lit. A. à 500 fl. Nr. 27. 56. 85. 91. 105. 106. 111. 140. 148. 157. 177. 265. 278. 282. 285. 286. 295. 296. 321. 333. 336. 358. 359. 393. 465. 476. 477. 490. 523. 539. 586. 596. 631. 664. 669. 683. 685. 698. 717. 719. 722. 723. 745.

Lit. B. à 100 fl. Nr. 14. 15. 21. 31. 36. 121. 154. 159. 160. 167. 190. 204. 206. 216. 242. 247.

Die Heimzahlung derselben erfolgt am 1. April d. J. gegen Zurückgabe der Originalurkunden

bei der Gesellschaftskasse dahier,

" den Herren M. A. von Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M. oder

" " " Sal. Oppenheim jr. und Cie. in Cöln.

Rückständig sind noch:

aus II. Verloosung, rückzahlbar den 1. April 1862:

Lit. A. à 500 fl. Nr. 212. 276. 316.

aus III. Verloosung, rückzahlbar den 1. April 1863:

Lit. A. à 500 fl. Nr. 132. 178. 190. 323. 400. 404.

" B. à 100 fl. " 17. 45. 83. 116. 179.

zu deren Erhebung wiederholt aufgefordert wird.

Karlsruhe, den 2. Januar 1864.

**Die Direktion.**

---

Z.d.439. Lahr.

## Warnung.

Colporteur **F. W. Endres** aus **Rastatt** steht nicht mehr in meinen Diensten, und warne ich hierdurch Jeden, demselben irgend welche Zahlung auf meinen Namen zu leisten.

Lahr, den 9. Januar 1864.

**Joh. Hch. Geiger.**

---

Z.d.420. Frankfurt a. M.

## 300,000 Gulden

Hauptgewinn der vom Staate garantirten

## neuen Prämien-Verloosung.

**Ziehung am 1. Februar l. J.**

Dieses von allen bestehenden Geld-Verloosungen mit den größten Treffern ausgestattete Unternehmen bietet den Theilnehmern die äußerst günstige Aussicht dar, mit nur einer sehr geringen Einlage bedeutende Kapitalien zu gewinnen.

Hauptgewinne: **114** mal **300,000** fl.; **114** mal **50,000** fl.; **114** mal **25,000** fl.; **228** mal **10,000** fl.; **1710** mal **5000** fl.; **3420** mal **1000** fl. 2c. 2c. bis **600** fl. niedrigster Gewinn, den jedes Obligations-Loos mindestens erhalten muß.

**Ein Antheilschein** für obige Ziehung giltig, kostet . . . . . P. Rthlr. 1.

**Sieben Antheilscheine** für obige Ziehung giltig kosten . . . . . P. Rthlr. 6.

Gef. Aufträge werden gegen Baarsendung oder Postnachnahme prompt und verschwiegen ausgeführt, und erfolgen die Gewinnlisten nach der Ziehung franko.

Umfassende Verloosungspläne werden auf frankirte Anfragen gratis versandt.

**Emil Deltour,**

**Frankfurt a. M., Staats-Effekten-Handlung.**

---

Z.e.81. Nr. 641. Wiesloch.

## Oeffentliche Mühleversteigerung in Wiesloch.

Zur zweiten Versteigerung des hier unten beschriebenen Mühlewesens des Peter Hefft in Wiesloch und seiner Zugehörden wird Tagfahrt auf

Montag den 18. Januar 1864,
Vormittags 9 Uhr,
auf dem Rathhause zu Wiesloch

anberaumt und der endgiltige Zuschlag ertheilt, wenn auch das höchste Gebot den Schätzungspreis nicht erreichen würde.

Ein zweistöckiges Mühlgebäude, in dem sich eine Mahlmühle, eine Oelmühle und eine Lohmühle mit entsprechenden Wohnungen befindet, dabei befindliche Schneidmühle, Scheuer, Stallung und Hofraithe (die sogenannte Wieslocher Postmühle) an der Walldorfer Straße vor der Stadt Wiesloch nächst der Eisenbahn gelegen und umgeben von den dazu gehörigen 2 Morgen 2 Viertel 9 Ruthen Gärten, Wiesen und Aeckern, zusammen geschätzt zu 54,000 fl.

Wiesloch, den 21. Dezember 1863.

Der großh. Vollstreckungsbeamte:

Notar Bayer.

---

Z.d.431. Nr. 31. Grötzingen, Oberamts Durlach.

## Liegenschaftsversteigerung.

Aus dem Nachlasse der Löwenwirth Krieger Wittwe von hier läßt deren Tochter Wilhelmine Krieger, ledig, nachbeschriebene Liegenschaften am

Donnerstag den 21. Januar d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im hiesigen Rathhause zum ersten Male öffentlich zu Eigenthum versteigern:

Das Gasthaus zum Löwen mit Realwirthschaftsgerechtigkeit, Scheuer, Stallung, Schweinställen, Keller, Hofraithe, worin ein Pumporunnen mit bestem Wasser, Garten mit Gartenwirthschaftseinrichtung und einer gedeckten Kegelbahn, an der Straße nach Berghausen, ein geschlossenes Ganzes von 2 Viertel altes Maß Flächenmaß bildend, mit einer Umfassungsmauer, im Anschlag zu . . . . . 6000 fl.

Dasselbe könnte seiner Beschaffenheit nach mit einer Bierbrauerei verbunden oder auch zu einem Fabrikgeschäft eingerichtet werden.

Vermöge der günstigen Lage des obenbeschriebenen Gasthauses in der Nähe der Eisenbahn Station, des schönen Vorplatzes vor dem Hause und des angenehmen, nach allen Seiten freien Gartens hatte sich dasselbe stets einer lebhaften Frequenz zu erfreuen.

Von den Versteigerungsbedingungen kann auf diesseitiger Geschäftskanzlei jederzeit Einsicht genommen werden.

Grötzingen, den 8. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.

Kurzmann.

vdt. Jordan, Rathschr.

---

Z.e.187. Karlsruhe.

## Staatspapiere-Versteigerung.

Freitag den 22. d. M. werden durch den großh. Notar Beck in seinem Geschäftslokal, Langestraße Nr. 193, dahier öffentlich versteigert:

Badische, schwedische, bayrische, belgische, nassauische und österreichische Staatspapiere, Aktien und Loose, im Gesammtwerthe von . . . 35,000 fl.

Karlsruhe, den 8. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.

G. Gerhard.

vdt. Holz.

---

Z.d.426. Nr. 166. Pfullendorf.

## Lieferung eiserner Bettladen.

In die hiesige Anstalt sollen vorerst 6 eiserne Bettladen angeschafft werden, die im Soumissionswege vergeben werden sollen. Dieselben müssen zierlich gebaut sein und eine Länge von 6' 5" und eine Breite von 3' 2" badischen Maßes haben.

Uebernahmslustige haben sich mit genauer Angabe des Lieferungspreises und des Lieferungstermines innerhalb 14 Tagen, von heute an gerechnet, in frankirten Briefen an unterzeichnete Stelle zu wenden.

Pfullendorf, am 5. Januar 1864.

Spitalverwaltung.

J. Böttlin.

---

Z.e.205. Karlsruhe.

## Soumissionsbegebung.

Unterzeichnete Stelle hat auf dem Soumissionswege Nachstehendes in Lieferung zu geben:

10,000 Stück verzinnte blecherne Portionenschüsseln,
25,000 Pfund Weichblei,
800 " Zink,
1,600 " Eisenblech, decapirtes,
150 " Messingblech,
600 Ellen Etamin,
500 " Haardecken,
60 Rieß Packpapier.

Muster und Lieferungsbedingungen können in diesseitiger Registratur eingesehen werden, woselbst auch die Angebote versiegelt bis zum 23. Januar d. J. eingereicht sein müssen.

Karlsruhe, den 9. Januar 1864.

Großh. bad. Zeughausdirektion.

---

Z.d.362. Nr. 1. Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Höherem Auftrag zufolge sollen nachstehende alte Materialien im Soumissionswege verwerthet werden, und zwar:

1) ca. 900 Ztnr. Schmelzeisen mit oder ohne alte schmiedeisernen Roststäben, im Gewicht von beiläufig 400 Ztnr.,
2) ca. 70 Ztnr. altes Wegübergangseisen,
3) " 40 " alte Achsen,
4) " 20 " " Wagenpuffer,
5) " 20 " " Excenterkurbeln,
6) " 20 " " Leitschienen,
7) " 8000 " Schienenstücke von 40''' und 32''' hohen Vollschienen,
8) ca. 60 Ztnr. Achsenhalter,
9) " 400 " alte Radreife,
10) " 20 " " Schraubennägel,
11) " 200 Paar " Wagenräder mit Achsen,
12) " 200 " " Wagenfedern in ganzen Bündeln und einzelnen Blättern,
13) ca. 20 Ztnr. Federstahlabfälle,
14) " 15 " alter Feilenstahl,
15) " 50 " alte Feuerbüchsen (altes Kupfer),
16) " 60 " altes Metall,
17) " 6 " Metalldrehspäne,
18) " 400 " altes Gußeisen mit oder ohne Einschluß von etwa 300 Ztnr. alten Roststäben,
19) ca. 500 Ztnr. altes Blech.

Angebote auf diese Materialien sind versiegelt und mit Aufschrift „Angebot auf altes Material" versehen längstens bis

Montag den 18. Januar 1864,
Vormittags 9 Uhr,

bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Die zum Verkaufe ausgesetzten Materialien können bei dem hiesigen Eisenbahn-Hauptmagazin eingesehen werden.

Die der Vergebung zu Grunde liegenden Bedingungen liegen bei unterzeichneter Stelle zur Einsicht auf.

Karlsruhe, den 2. Januar 1864.

Verwaltung der großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins.

Der Vorstand: Obser. — Der Verwaltungsbeamte: Adam.

vdt. Biesele.

---

Z.d.435. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Aus den Thenenbacher Domänenwaldungen, Distrikt III. 1 Kohlwald,

werden bis

Dienstag den 19. Jan. 1864

folgende Hölzer gegen baare Bezahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigert:

150 Klftr. buchenes, 3 Klftr. eichenes und 4 Klftr. gemischtes Scheitholz, 34 Klftr. buchenes, 32 Klftr. erlenes und gemischtes Roll- und Prügelholz, 6000 Stück buchene, 1700 Stück gemischte Wellen; sodann 12 Stämme Eichen, 20 Stämme Forlen, 6 Stämme Erlen, Bau- und Nutzholz.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Schlag bei der Hütte unweit dem Wöpplinsberger Hofgut.

Emmendingen, den 8. Dezember 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

Fischer.

---

Z.e.220. Nr. 12. Friedrichsthal. (Holzversteigerung.) Aus großh. Hardtwald werden versteigert,

Samstag den 16. d. M.,
aus Abtheilung Weinsuhl:

104 Stämme Eichen, Bau- und Nutzholz,
113 Klafter eichenes Stockholz.

Montag den 18. d. M.,
aus mehreren Abtheilungen:

34 Stämme Eichen, Holländer-, Bau- und Nutzholz,
22 " Tannen, Bau- und Nutzholz,
1 Stamm Forlen-Nutzholz,
2½ Klafter eichenes Scheitholz, 34 Klafter eichenes Stockholz.

Die Zusammenkunft ist an jedem Tag früh 9 Uhr auf der Friedrichsthaler Allee an der Stutensee Querallee.

Friedrichsthal, den 9. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

von Merhart.

---

Z.d. 429. (Brennholzversteigerung im Forstbezirk Schwetzingen.) Aus den Waldbistrikten Kurze Hardt und Neubruch, längs der Schwetzingen-Hockenheimer Staatsstraße, versteigern wir mit Zahlungsfrist bis 1. Oktober l. J.

Freitag den 15. Januar

730 Klafter forlenes Scheit- und Prügelholz. Die Verhandlung ist im Adler zu Oftersheim und beginnt früh 9 Uhr. Schwetzingen, den 5. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei. A. Cron.

---

Z.e.200. Nr. 501. Mannheim. (Aufforderung.) Bei der am 4. d. Mts. dahier abgehaltenen Aushebungstagfahrt sind die in die Rekrutenquote fallenden Konskriptionspflichtigen:

Loos-Nr. 37. Ludwig Philipp August Blankart,
Loos-Nr. 52. Ludwig Theodor Witz,
Loos-Nr. 71. August Müller,
Loos-Nr. 92. Georg Gustav Alexander Simon,

nicht erschienen.

Dieselben werden deßhalb aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls sie der Refraktion für schuldig, des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Geldstrafe von 800 fl. verfällt würden.

Zugleich wird deren Vermögen mit Beschlag belegt.

Mannheim, den 5. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamt.

Dr. Pfeiffer.

---

Z.e.204. Nr. 290. Villingen. (Erkenntniß.) Konskription pro 1863 betr. Joseph Haas von Stockburg hat unserer Aufforderung vom 23. Dezember 1862 keine Folge geleistet. Er wird der Refraktion schuldig, des Staats- und Ortsbürgerrechts verlustig erklärt und zu 800 fl. Strafe verurtheilt. Villingen, den 6. Januar 1864. Großh. bad. Bezirksamt. Weiß.

---

Z.e.210. Nr. 496. Karlsruhe. (Aufforderung und Fahndung.) Die Karolina Vieser von Lahr, welche dahier des Diebstahls durch Entwendung von 13 fl. 55 kr. an Geld, ferner eines Shawls, im Werth von 4 fl., verschiedener Wäschstücke, im Werth von 1 fl. 36 kr., zum Nachtheil der Christina Kramer von Grombach; ferner verschiedener Wäschestücke, im Werth von 4 fl. 42 kr., zum Nachtheil der Magdalena und Bianka Lutz angeschuldigt ist, hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen.

Die Karolina Vieser wird aufgefordert, sich um so gewisser

binnen 4 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach dem Ergebnisse der Untersuchung würde gefällt werden.

Zugleich bitten wir verehrliche Gerichts- und Polizeibehörden, auf Karolina Vieser zu fahnden und im Betretungsfall sie anher abliefern zu lassen.

Karlsruhe, den 5. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.

v. Vincenti.

---

Z.d.437. B.Nr. 134. Rastatt. (Aufforderung.) Der unten signalisirte flüchtige, wegen Entwendung eines Rocks, im Werthe von 16 fl., zum Nachtheil des Josef Alter von Neuershausen, angeschuldigte, und wegen mehrfacher Betrügereien angezeigte Füsilier Michael Zeller von Neuershausen wird aufgefordert,

innerhalb 3 Wochen

bei dem unterzeichneten Kommando sich zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.

Signalement.

Größe, 5' 4".
Statur, stark.
Gesichtsform, länglich.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, blond.
Stirne, hoch.
Augenbrauen, blond.
Augen, braun.
Nase, groß.
Mund, mittel.
Bart, keinen.
Kinn, spitz.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

Rastatt, den 10. Januar 1864.

Der Kommandant des großh. 1. Füsilier-Bataillons.

Bayer, Oberstlt.

---

Z.e.207. Nr. 419. Karlsruhe. (Entmündigung.) Anna Margaretha Burkhardt's Wittwe, geb. Witzemann, von hier, wurde wegen Geisteskrankheit entmündigt und Fabrikant Seneka von hier als deren Vormund verpflichtet; was hiermit verkündigt wird.

Karlsruhe, den 6. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamt.

v. Neubronn.

---

Z.e.230. Nr. 502. Karlsruhe. (Entmündigung.) Rosalie Heimerdinger von hier, Tochter des Hofgoldstickers Heimerdinger, wurde wegen Geisteskrankheit entmündigt und Kaufmann Max Ettlinger als Vormund für dieselbe bestellt und verpflichtet; was verkündet wird.

Karlsruhe, den 9. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamt.

v. Neubronn.

---

Z.e.211. Nr. 455. Rastatt. (Erledigte Aktuarsstelle.) Eine Aktuarsstelle mit 400 fl. Gehalt und mit Nebeneinkünften ist dahier erledigt und soll sogleich besetzt werden; die Bewerber werden zur Anmeldung eingeladen.

Rastatt, den 9. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Kärcher.

---

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit zwei Beilagen.